

Stadt Osnabrück
Die Oberbürgermeisterin

Vorlagennummer: VO/2026/5573
Vorlageart: Mitteilungsvorlage
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich

Mehrwegoffensive für Osnabrück

Datum: 27.05.2026
Federführung: Vorstand für Bauen, Umwelt und Mobilität
Fachbereich Klima, Natur und Umwelt

Beratungsfolge

Gremium	Datum	Sitzungsart	Top-Nr.
Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung (Kenntnisnahme)	09.06.2026	Ö	
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (Kenntnisnahme)	11.06.2026	Ö	
Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	30.06.2026	N	
Rat der Stadt Osnabrück (Kenntnisnahme)	30.06.2026	Ö	

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/s Ziel/e:

Stadt zum Leben und Erleben - ausgeglichen-umweltverträglich-qualitätsvoll (Ziel 2021-2030)

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Osnabrück hat am 17.03.2026 drei Maßnahmen zur Ausweitung von Mehrwegangeboten beschlossen (vgl. VO/2026/5306):

- Die erste Maßnahme sieht die Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems;
- die zweite Maßnahme ein Marketing vor, um die Vorteile von Mehrwegsystemen deutlich zu machen;
- die dritte Maßnahme bezieht sich auf das Einbringen eines Entwurfes für eine kommunale Verpackungssteuer.

In dieser Vorlage werden im Schwerpunkt die Maßnahmen 1 und 2 thematisiert. Damit ein umfassendes Bild entsteht, welche Aufgaben möglicherweise der öffentlichen Hand zuzurechnen sind und welche Aufgaben eher in der privatwirtschaftlichen Sphäre liegen, ist die Verwaltung (Fachbereich Klima, Natur und Umwelt) kurzfristig in eine Recherche/Grundlagenermittlung zu den Maßnahmen „Stadtweites Mehrwegsystem“ und „Marketing“ eingestiegen.

Konkret wurde mit Mitarbeitenden in den Städten Freiburg, Tübingen und Konstanz Abstimmungsgespräche geführt. In diesen Städten wurde die Verpackungssteuer bereits eingeführt. Ebenso wurde mit Mitarbeitenden der Städte Potsdam und Peine gesprochen; hier ist die Einführung einer Verpackungssteuer geplant.

Informationen über das Vorgehen in Aarhus konnten über den damaligen Projektleiter eingeholt werden.

Im Rahmen dieses Analyseschritts wurden u.a. auch Arbeitsergebnisse vertraulich auf Verwaltungsebene ausgetauscht, die nur für interne Zwecke weitergegeben wurden und nicht öffentlich wiedergegeben werden dürfen.

Ergebnisse der Recherche/ Grundlagenermittlung/ Analyse

Insgesamt ist festzustellen, dass die Einführung einer Verpackungssteuer bisher in wenigen deutschen Städten erfolgte (siehe Anlage). Die Städte, die eine Verpackungssteuer eingeführt haben, versuchen diese Einführung mit ergänzenden Maßnahmen (wie kommunale Förderprogrammen, Kommunikationskampagnen und Mehrwegsysteme) zu unterstützen und zu begleiten.

- Mehrwegsysteme

Aktuell gibt es in Deutschland keine Stadt, die ein eigenes kommunales Mehrwegsystem eingeführt hat.

In Freiburg ist ein Mehrwegverbund entstanden, der ein Zusammenschluss aus unterschiedlichen Herstellenden und Anbietenden von Mehrwegbehältern, Ausgabe- und Rücknahmebetrieben, Mehrweglogistikern und Spüldienstleister ist. Dort wird eine anbieterübergreifende Rücknahme für Mehrwegbehältern im Außer-Haus-Verzehr ermöglicht.

Da in Deutschland bisher keine Erfahrungen zur Einführung eines einheitlichen kommunalen Mehrwegsystems vorliegen, kann derzeit noch nicht eingeschätzt werden, ob und unter welchen Bedingungen die Einführung eines solchen Systems möglich wäre.

Ob das Mehrwegsystem der Stadt Aarhus – welches sich hauptsächlich auf Mehrwegbecher beschränkt – auf Osnabrück übertragbar ist und wie ein solches System finanziert und organisiert werden kann, ist derzeit ebenfalls noch nicht einschätzbar, da natürlich unterschiedliche Ausgangssituationen und (rechtliche) Rahmenbedingungen zu berücksichtigen sind. Auch die Vielfalt von Verpackungen ist hierbei zu berücksichtigen. In Aarhus gibt es zudem keine Verpackungssteuer und keine Mehrwegangebotspflicht.

Für eine verlässliche Einschätzung wären weitere Untersuchungen und Vorprüfungen notwendig.

- Kommunale Förderprogramme

Tübingen, Konstanz und Freiburg haben städtische Förderprogramme begleitend zur Verpackungssteuer eingeführt, um die Anschaffung von Mehrwegverpackungen, Spülmaschinen oder Nutzungsentgelte für Mehrweg-Pool-Systeme zu fördern. In Freiburg werden zusätzlich auch Monatsbeiträge für den „Mehrwegverbund Freiburg“ gefördert.

Hierzu standen bzw. stehen unterschiedlich hohe Budgets zur Verfügung.

Auch die Zeiträume, in denen die Förderungen zur Verfügung stehen/ standen, variieren. Während die Förderprogramme in Tübingen und Konstanz bereits ausgelaufen sind, dauert das Programm in Freiburg noch an. Die Förderungen wurden sowohl von Unternehmen, aber auch von Vereinen – die teilweise antragsberechtigt waren – in Anspruch genommen.

- Marketing und Kommunikation

Bei den Kommunikationskampagnen variiert die Spannweite hinsichtlich der Größe und des Aufwands erheblich.

So gab es in Freiburg eine groß angelegte Kampagne, für die im Vorfeld eine Strategie

entwickelt wurde. Dort wurden neben Flyern/Plakaten etc. auch eine Straßenbahn mit Werbung bedruckt, um auf den Mehrwegverbund aufmerksam zu machen.

Andere Städte haben kleinere Kampagnen durchgeführt. Entsprechend variieren die Kosten, die in den kommunalen Haushalten zur Verfügung gestellt wurden – von Zehntausenden bis zu mehreren Hunderttausenden Euro. Teilweise konnten, so in Freiburg, zusätzlich Förderungen des Landes in Anspruch genommen werden.

Bei der Kommunikation gab es Schwerpunkte hinsichtlich der betroffenen gastronomischen Betriebe, aber auch in Richtung der Bevölkerung, um die Zielgruppen über die Einführung der Steuer und evtl. Mehrwegmöglichkeiten zu informieren. Folglich gingen die Kommunikationsstrategien in mehrere Richtungen. Teilweise wurden im Vorfeld "Runde Tische" für die gastronomischen Betriebe oder Arbeitsgruppen eingerichtet.

- Ressourcen

Bei allen Städten wurden entweder neue Personalstellen sowohl befristete als auch unbefristet geschaffen.

Teilweise konnte auch vorhandenes Personal zur Bearbeitung der neuen Aufgaben eingesetzt werden. Neben dem Personal wurden Budgets für Marketing und Förderprogramme im kommunalen Haushalt bereitgestellt. Teilweise wurden dafür Einnahmen aus der Verpackungssteuer verwendet, teilweise konnten zusätzlich Landesförderungen in Anspruch genommen werden.

- Zeitrahmen

In den Städten standen sehr unterschiedliche Zeitrahmen zur Verfügung, um ein stadtweites Mehrwegsystem stadtspezifisch zu entwickeln und umzusetzen. Sie reichten von mehreren Jahren (Potenzialanalyse und Strategieentwicklung) über bis mindestens einem Jahr für die Umsetzung von Maßnahmen.

Im Anhang dieser Vorlage ist in einer Übersichtstabelle das Vorgehen in den anderen Kommunen zur Einführung eines stadtweiten Mehrwegsystems skizziert.

Verpackungsgesetz und Mehrwegangebotspflicht

Nach dem Verpackungsgesetz sind Letztvertreiber von Einwegkunststoff-lebensmittelverpackungen und Einweggetränkebechern verpflichtet, Lebensmittel und Getränke – auch im To-Go-Bereich – zusätzlich in Mehrwegverpackungen anzubieten. Von dieser Pflicht ausgenommen sind lediglich sehr kleine Betriebe, wie beispielsweise Imbisse, die maximal fünf Beschäftigte haben und deren Verkaufsfläche 80 Quadratmeter nicht überschreitet. Diese Betriebe können stattdessen Behälter befüllen, die Kundinnen und Kunden mitbringen.

Im Zuge dieser Mehrwegangebotspflicht haben zahlreiche Unternehmen bereits eigene Mehrwegverpackungen eingeführt oder greifen auf die Dienste verschiedener Systemanbieter zurück.

Ableitung aus der Recherche/ Grundlagenermittlung/ Analyse

- Ein realistisches Zeitfenster ist für die Vorbereitung und Umsetzung von weiteren Maßnahmen zur Förderung von Mehrwegangeboten einzuplanen, das dann auch die spezifischen Rahmenbedingungen in Osnabrück berücksichtigt.
- Personelle und finanzielle Ressourcen müssen in der Verwaltung aufgebaut werden.

- Eine umfassende Kommunikationsstrategie mit besonderem Fokus sowohl auf die Information von Gastronomiebetrieben als auch auf die Aufklärung der Bevölkerung sollte die Einführung einer Verpackungssteuer begleiten.
- Ein städtisches Förderprogramm würde die Einführung von Mehrwegverpackungen (angelehnt an die Förderprogramme der Referenzstädte) unterstützen.
- Sollte die Zuständigkeit weiterhin in der Verwaltung, Fachbereich Klima, Natur und Umwelt verbleiben ohne weiteren Personalzuwachs, muss eine ehrliche Aufgabenkritik erfolgen, die zu Lasten der Aufgaben im kommunalen Klimaschutz gehen.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Mit dieser Vorlage ist eine generelle fachliche Einordnung des Ratsbeschlusses erfolgt. Aus Sicht der Verwaltung zeigt sich, dass es für eine erfolgreiche Planung und Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Förderung von Mehrwegangeboten unbedingt erforderlich ist, sehr differenziert auf die Thematik zu schauen, damit eine stadtspezifische Lösung für Osnabrück realisiert wird.

Die für Osnabrück geeigneten und wirtschaftlich tragfähigen Lösungen sollten sorgfältig und schrittweise ausgearbeitet und abgestimmt werden. Hierzu bedarf es einer Kooperation zwischen Verwaltung, Marketing Osnabrück und Osnabrücker ServiceBetrieb, in der die Verantwortlichkeiten noch zu klären sind.

Konkret schlägt die Verwaltung vor, die Einführung einer Verpackungssteuer durch eine koordinierte Mehrwegoffensive zu unterstützen. Die zentralen Bausteine hierfür sollen dienststellen- und bereichsübergreifend entwickelt werden. Neben konkreten Marketingmaßnahmen sollte zusätzlich die Einführung eines gesamtstädtischen Programms zur Förderung von Mehrwegangeboten geprüft werden. Angesichts der zuvor skizzierten Rahmenbedingungen sollte die Einführung eines einheitlichen, stadtweiten Mehrwegsystems jedoch noch einmal kritisch überprüft werden.

gez. Strathmann

Anlage/n

1 - Vorgehen anderer Kommunen (öffentlich)